

vierteljährlicher Abonnements-Preis
für Halle und unsere unmittelbaren
Abnehmer: 25 Sgr. Durch die resp.
Post-Anstalten überall nur:
1 Thlr.

Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-
genommen: In Leipzig in der
Buchhandlung von H. Kirchner,
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.
In Magdeburg in der Kreuz-
schen Buchhandlung, Breiten-
weg No. 156.

Hallische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 178.

Halle, Mittwoch den 2. August

1848.

Deutschland.

Von der Saale, d. 1. Aug. In der letztern Zeit ist uns eine Unzahl von Zuschriften mit und ohne Namen über die innere Organisation und über die Stellung der Volksschule zum Staate, zur Kirche und zur Gemeinde zugegangen. Die Zuschriften sind zum Theil kurze und gedrängte Zusammenfassungen, zum Theil langgedehnte Abhandlungen, alle ohne Ausnahme nicht frei von Parteiansichten, einige sind sogar von Persönlichkeiten getrieben. Wir müßten die Gaben zurücklegen, weil wir die dargelegten Grundsätze, Absichten und Bestrebungen nicht vertreten konnten, vorzüglich aber weil diese ganze Frage bereits vor die deutschen Parlamente gezogen ist und zu erwarten steht, daß die Verhandlungen derselben zu einer bessern und allgemeineren Kenntniß der wahren und nothwendigen Grundlagen für die Schulreorganisation führen werden. Um aber dennoch der vorläufigen Diskussion allgemeinere Grundlagen und Rücksichtnahmen zu bieten, entlehnen wir der Oberpostamtszeitung einen Aufsatz über die Unterrichtsfrage, welcher im Hinblick auf die bevorstehenden Erörterungen im deutschen und preußischen Parlament eine weitere Verbreitung verdient.

„Die deutsche Reichsversammlung hat nach längerer Debatte einen besondern Ausschuß für das Unterrichtswesen niedergesetzt. Sie hat dadurch zu erkennen gegeben, einmal, daß das bisherige Unterrichtswesen an solchen Mängeln leide, daß von der kurzen Berührung derselben in den Grundrechten des Volkes eine tiefgreifende Abhilfe nicht zu erwarten sei. Sie hat aber zweitens erklärt, sie halte den Einfluß des Unterrichtes auf die Bildung der Nation für so bedeutsam, daß sie ihn selbst in die Hand zu nehmen und wenigstens in seinen Grundformen den Einzelstaaten vorzuzeichnen für würdig erachte. Sie hat drittens ausgesprochen, daß der Unterricht unabhängig von anderen Staatsfaktoren gestaltet werden könne und wahrscheinlich auch solle. Bei der Zusammensetzung des Ausschusses ist man ganz richtig von der Ansicht ausgegangen, daß derselbe nicht bloß aus Männern vom Fache bestehen dürfe. Die sogenannten „technischen Gründe“ haben sich in den früheren deutschen Ständekammern in solchen Mißkredit

gebracht, daß man sich nun wohl scheut, dergleichen Fach- und Standesberatungen zur Grundlage irgend einer Gesetzgebung zu machen. Gehört müssen die Techniker werden, aber wenn sie allein entscheiden, wird es fast immer in ihrem persönlichen Interesse oder in der Befangenheit gewisser eingelernten Vorurtheile und Ideologien geschehen. Und wahrlich vor dieser alten Untugend der Deutschen, der Ideologie, dem Haschen nach wohlgemeinten Träumen, haben die deutsche Reichsversammlung und ihre Ausschüsse wohl auf ihrer Hut zu sein. Praktisches, förderliches Eingreifen in die gegebenen Verhältnisse, das ist worauf es ankommt. Unter den Personen, aus denen der Ausschuß zusammengesetzt ist, sind Namen von gutem Klange: Hildebrand, Freese, Schierenberg, Hasler, Rümelin u. a. Aber freilich vermißt man auch andere, die man nach ihren Antecedentien gewiß in diesem Ausschusse erwartet hätte. Gleichviel, wenn der Ausschuß nur von seiner Befugniß, auswärtige Sachverständige zu hören, den rechten Gebrauch macht. Wir rechnen nämlich zum rechten Gebrauch, wenn er nicht bloß die zahlreichen Bittsteller beachtet, sondern noch vielmehr die Männer, die nicht bittstellern, sondern ruhig in ihrem Berufe fortarbeiten. Denn das bleibt sich allenthalben gleich: wer ein persönliches Interesse hat, schreit; wer für die Sache strebt, wirkt im Stillen. Auch wäre dem Ausschusse sehr zu empfehlen, daß er sich aus vorhandenen Schriften das statistische Material verschaffe, nicht aber aus parteiischen Eingaben der Gegenwart. Sonst könnte er leicht zu ungerechten Urtheilen über die Vergangenheit und zu allzu sanguinischen Hoffnungen für die Zukunft verleitet werden. In keiner andern Richtung darf weniger mit der Vergangenheit gebrochen werden, als in der Volkserziehung. Die Erziehung duldet überhaupt keine Lücken oder Sprünge, am allerwenigsten die der arbeitenden Klassen, welche ja immer zäher als die Gebildeten an den Sitten hängen. Es giebt kein schreienderes Vorurtheil als das im Lehrerstande verbreitete, „die Schule macht den Menschen.“ Nein, nicht die Schule macht den Menschen, sondern die Menschen die Schule. Alle Tugenden, alle Fehler einer Generation bilden sich in den Schulen oder den Erziehungsmerkstätten überhaupt in Miniaturbildern ab. Greift einmal ein genialer Mann mit

seiner Persönlichkeit über diesen engen Kreis der herrschenden Ansichten hinaus, so ist dies ein „kühner Griff“ und eine bemerkenswerthe Ausnahme; aber ein ganzer Stand mit allen seinen Invaliden und Rekruten greift niemals über die Alltätigkeit hinaus. Wenn uns die Reichsversammlung mit dem alltrefflichsten Unterrichtsgesetze beschenkte, so würde es vor Ablauf eines Menschenalters doch unmöglich sein, die rechten Kräfte zur Ausführung zu finden. Unsere Schulmeister und Professoren bleiben, was sie waren, trotz der Februarrevolution und trotz der zahllosen Konferenzen, Studentenparlamente u., die allenthalben gehalten werden. Es wäre gut, wenn der Ausschuss dies sogleich in seine Rechnung zöge. Zum Unterrichte gehören nach alter Erfahrung wenigstens 2 Personen, eine, die ihn erteilt, und eine, die ihn annimmt. Hat eine von diesen Personen keine Lust daran, so wird aus dem ganzen Geschäft nichts. Wie soll es also gerathen, wenn das Volk, das souveräne, keinen Gefallen an dem von oben dekretirten Unterrichte gewinnt? Die Ausrede, man habe es höher bilden, der Freiheit würdiger machen wollen, wird kein Gehör finden. Despoten jeder Farbe haben ja dasselbe gesagt. Wohin haben Pombals, Josephs II. und Robespierres Volksaufklärungsversuche geführt? Hat der niederländische van Maanen wegen seiner aufklärerischen Absicht Gnade vor den Augen der Belgier gefunden? Würden sich die Nordamerikaner ein von deutschen Schulrathen entworfenes Unterrichtsgesetz gefallen lassen? Deshalb sachte, ihr Herren! das Volk hat auch ein Wort mitzusprechen. Und zwar nicht das Volk, wie es sich in den geräuschvollen Versammlungen der Demagogen darstellt, sondern das stille Volk der Eltern, Kinder, Gemeinden, selbst der so sehr angefeindeten Kirchen. Alle Rechte wollen zugleich gewahrt sein und der Staat hat nicht mehr Befugniß, ob er durch ein königliches oder durch ein Reichs-Ministerium handelt. Damit soll jedoch nicht im Entferntesten gesagt sein, daß die Reichsversammlung die ganze Gestaltung des Unterrichts den Einzelstaaten überlassen solle. Im Gegentheil, die Reichsversammlung hat die doppelte Pflicht, Reaktion und Revolution auch auf diesem Gebiete einzudämmen. Das Bestreben der Reaktion geht auf Erhaltung oder Erweiterung der traditionellen Rechte der Geistlichkeit über die Schule. Um zu diesem Ziele zu gelangen, wird sogar die unbedingteste Unterrichtsfreiheit gepredigt. Man hofft auf diesem indirekten Wege sich des Unterrichts in gleicher Weise zu bemächtigen, wie dies vordem in Belgien geschah. Man dürfte sich aber irren. Das Volk ist weiter als zur Zeit der Bildung des belgischen Königreichs und der Versuch, die Volksbildung von den Herren Kaplänen abhängig zu machen, könnte leicht fehl schlagen. Aber auch umgekehrt, die Rechnung der Herren Schulmeister, in der Eigenschaft als absolute Staatsdiener mit den geistigen Interessen des Volks beliebig schalten zu können, dürfte schwerlich die Probe bestehen. Der Bauer will keine Hochwohlgeborenen Schulmeister, die ihm ihre gleichviel ob Univerfitäts- oder Seminarweisheit als untrüglich und unabweislich aufdringen, und der Student will auch nicht ferner von der ausschließlichen Weisheit des Professor ordinarius, der zugleich Examinator und vielleicht noch mehr ist, abhängen, die Freiheit duldet überhaupt keinen unnöthigen Staatszwang, also auch im Unterrichte nicht. Weit eher werden sich die Lehrer persönlich einigen Unbequemlichkeiten unterwerfen müssen, als daß das ganze Volk sich ihren Ansprüchen anbequeme. Darum ist es sicherlich eine Aufgabe der Reichsversammlung, der Organisation des Unterrichts solche Grenzen zu ziehen, daß nicht irgend ein Einzelstaat unter dem Einflusse aufklärerischer Volksfreunde das Volk tyrannisire. Der naturgemäßen Entwicklung der Volksbildung muß Raum gegeben

werden, aber den Gemeinden muß auch das Recht verbleiben, sich nach ihrer Decke zu strecken. Auch durch das Unterrichtswesen zieht sich die Analogie der Nationalwerkstätten. Erhebt man die Lehre in Bausch und Bogen in eine höhere Stellung, so wird dem Staate eine unerträgliche Last, der Bildung kein Vortheil erwachsen. Der Faule, Ungeschickte, ja sogar der Böswillige, wird sogar dem Tüchtigen gleichgestellt, die Ansprüche wachsen mit jeder Erfüllung, die Unzufriedenheit wird permanent, man wird sich zuletzt genöthigt sehen, auch diese Nationalwerkstätten aufzulösen. Das Recht und die Pflicht der Erziehung gehört ursprünglich und unveräußerlich den Familien. Von daher haben die Gemeinden, hat der Staat seine Berechtigung und seine Verpflichtung empfangen, darf also dieselben niemals weiter ausbeuten, als das allgemeine Wohl un widersprechlich erheischt. Experimente mit der Bildung ganzer Generationen zu machen, steht dem Staate niemals zu. Die deutsche Reichsversammlung hat sich bisher viel zu besonnen benommen, als daß ein muthwilliger Gebrauch ihrer Allgewalt in dieser Richtung zu besorgen wäre. Drängt eine gewisse Partei darauf hin, um das Volk zu ihren Zwecken besser zuzustutzen, so wird die Mehrheit diese Abicht herauszufinden und ihr vorzubeugen wissen. Insbesondere wird sie den Ultras der Einzelstaaten die Gelegenheit abschneiden, im Kleinen durchzusetzen, was im Großen nicht gelang. Auch hier sind die Rechte des Volkes zu wahren.“

Flensburg, d. 28. Juli. Das Schleswig-holsteinische Heer zählt bereits nahe an 10,000 Combattanten; doch soll es bis auf 25,000 Mann vermehrt werden. Rendsburg, Schleswig und Flensburg haben eine hinreichend starke Besatzung; die deutsche Hauptmacht steht in der Nähe der jütischen Grenze und im Sundewittschen. Von einer Ueber-schreitung der Königsau ist bis heute nichts bekannt geworden, obwohl Niemand daran zweifelt, daß, wenn erst die dem General Wrangel von Frankfurt aus angebotene Verstärkung eingetroffen sein wird, das Wiederberreten des jütischen Bodens nicht lange auf sich warten lassen dürfte. Die Schleswig-holsteinischen Hafenstädte und Küstenplätze, die dann im Rücken bleiben, werden natürlich während der Kriegsoperationen in Jütland von den inzwischen aus dem Innern Deutschlands angekommenen Truppen hinreichend geschützt werden müssen. — Eine Compagnie Mecklenburger, die vorgestern von hier gegen einige in der Gegend von Cap-peln gelandete Dänen ausgesandt wurde, kam schon am demselben Abend zurück. Es kam dem kleinen Corps die Nachricht entgegen, daß die Dänen das Land schon wieder verlassen hätten. Die Mecklenburger werden in diesen Tagen weiter nach Norden vor-, andere Truppen dagegen wieder in Flensburg einrücken.

Hamburg, d. 29. Juli. Heute Nachmittag um 4 Uhr lief hier das erste hamburger Kanonenboot, getauft »St. Pauli«, auf der Werfte des Hrn. Marbs in der Vorstadt St. Pauli vom Stapel. Der Bau des Bootes ist durch freiwillige Beiträge der Bewohner St. Pauli's, welche 10,000 Mk. zu diesem Zwecke zusammengebracht haben, bestritten worden.

Frankfurt a. M., d. 29. Juli. Man erwartet in wenigen Tagen und zwar unmittelbar nach dem Eintreffen des Reichsverwesers, die Ernennung des Herrn Mathy zum Finanz- und des Herrn Duckwig zum Arbeitsminister. Es scheint, als würden vorläufig die Portefeuilles des Innern und des Aeußern in der Hand des Herrn von Schmerling verbleiben, während demselben Herr M. v. Gagern als Unterstaatssecretär für die auswärtigen Angelegenheiten beigegeben wird. Daß Herr v. Deek nicht

zum Unterstaatssecretär, sondern zum Chef des Militärcabinetts unter dem Kriegsminister ernannt wird, steht fest. Das Marineministerium scheint Herrn v. Bruck vorbehalten zu bleiben. Wer die Präsidentschaft des Gesamtministeriums übernehmen wird, ist gänzlich ungewiß, und die darüber umlaufenden Gerüchte verdienen keinen Glauben. — Für die Gesandtschaft nach Paris nennt man Hr. v. Andrian, für Petersburg den Fürsten Lichnowsky; Herr v. Rönne wird noch immer in der Nationalversammlung ausschließlich für die Gesandtschaft in Washington bezeichnet. Vergeblich forscht man, wer Deutschland in England vertreten werde. Man hofft, es werde gelingen, Herrn Bunsen dafür zu gewinnen, wobei indes nicht zu übersehen ist, daß sich derselbe gegenwärtig als preussischer Gesandter daselbst befindet und Preußen seine dortige particulare Vertretung wohl nicht aufgeben wird. (F. D. P.-Ztg.)

Innsbruck, d. 25. Juli, 5 Uhr Abends. So eben verbreitet sich hier die Nachricht, daß ein bedeutendes Treffen bei Rivoli stattgefunden habe, in dessen Folge nach hartnäckigem Kampfe und empfindlichem Verluste auf beiden Seiten an Mannschaft und Offizieren die Unsrigen Rivoli besetzt haben sollen. Eben ist Ihre Maj. die Kaiserin-Mutter hier eingetroffen, und in der Hofburg abgestiegen.

Italien.

(Vogel), d. 25. Juli. Ein Courier, welcher heute Nachmittag von Verona eintraf, brachte die höchst erfreuliche Nachricht, daß der combinirte Angriff auf das Centrum der feindlichen Armee bei Sommacampagna und Villafranca von dem vollständigsten Erfolge beehrt war. Die Verschanzungen der Piemontesen sind erstürmt, 40 Kanonen erobert, der Feind zog sich fliehend über den Winicio zurück. Der linke Flügel unserer Armee unter Baron Welden soll bis Cremona vorgedrungen sein. Auch Rivoli ist wieder in unserer Gewalt.

Der „Corriere Mercantile“ vom 24. Juli meldet die Tags zuvor mit dem französischen Kriegsdampfbboot „Descartes“ in Genua erfolgte Landung der sicilischen Commission, welche dem Herzog von Genua das ihn zum König von Sicilien ernennende Decret des sicilischen Parlaments zu überbringen hat. Die Commission besteht aus zwei Pairs, dem Herzog v. S. Giuseppe, Generalstabschef der Palermitaner Nationalgarde, und dem Fürsten v. Torremuzza, dann 4 Mitglieder des sicilischen Unterhauses und den zwei sardinischen Commissarien bei der Regierung von Sicilien.

Rom, d. 20. Juli. Das Ministerium, oder wenigstens Mamiani, spielt bei den letzten Vorfällen eine höchst perfide Rolle. Fast möchte man glauben, das Ganze wäre nur angezettelt, um durch irgend einen Gewaltstreich den unvermeidlichen Sturz desselben aufzuhalten. Man versichert, daß Mamiani in dem Augenblick, wo er den Papst zur Protestation zu bewegen suchte, bereits die Nachricht von dem Abmarsche der Oesterreicher in das Treffen hatte und recht gut wußte, daß der ganze Zweck ihres Erscheinens nur Verproviantirung der Festung sei. Aber alle Künste schlagen fehl: das Ministerium ist verloren; die Entlassung ist angenommen, freilich aber noch kein neues gebildet. Pius hat auch dieses Mal durch weises Zögern den Hauptsturm zu bewältigen gewußt. Die Deputation der Kammer wird erst heute um 12 Uhr Audienz erhalten und natürlich mit den beruhigendsten Eröffnungen entlassen werden. Sereni soll bereits seine Mitwirkung verheißen haben, die Kammer auf den friedlichen

Weg zurückzuführen, und so kehrt vielleicht in wenigen Tagen die volle Ruhe zurück.

Ungarn.

Pesth, d. 26. Juli. Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz im Banat lauten noch immer ungünstig für die Ungarn. Der Oberbefehlshaber der ungarischen Streitkräfte, F.-M.-L. Graf Bechtold, hatte einen beinahe viertägigen Kampf mit den Insurgenten bei Földvar, welcher zum Vortheile der Letztern geendet; denn Graf Bechtold fand es rathsam, seine Stellung bei Földvar aufzugeben und sich zurückzuziehen. Die officiellen Angaben über die beiderseitigen Verluste erscheinen offenbar als unrichtig, denn in diesem mehrtägigen Kampfe sollen z. B. die Ungarn nur 10 Tödt und 14 Verwundete gehabt haben. Die Insurgenten feiern aber diesen Kampf als einen großen Sieg. Die ganze im Felde stehende Macht der Insurgenten schlägt Graf Bechtold in seinem jüngsten Bericht auf 23,000 Mann an, worunter meist Grenzer und andere Soldaten.

Frankreich.

Paris, d. 27. Juli. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der vielbestrittene Artikel 13, der geheime Gesellschaften unbedingt verbietet, mit Beseitigung mehrerer Verbesserungsanträge angenommen. Die Uebertretung dieses Verbots wird mit einer Geldstrafe von 100 bis 500 Franken, einer Gefängnißstrafe von einem halben bis zwei Jahren, und der Entziehung der bürgerlichen Rechte bis zu 5 Jahren belegt. Gegen die Stifter solcher Gesellschaften bleibt die doppelte, und gegen jedes sonstige, daselbst begangene Vergehen weitere Strafe vorbehalten. Der 14. Artikel gestattet indes, nach vorheriger Anzeige an die Municipalbehörde, Vereine, die keinen politischen Zweck haben, wodurch, nach der von den Vertheidigern des Gesetzes geltend gemachten Ansicht, der frühere Satz alles Bedenkliche verlore. — Es heißt, der französische Consul in Tassy hätte gegen das Einrücken der Russen in die Fürstenthümer protestirt und sich demzufolge nach Konstantinopel begeben.

Ein in Toulouse erscheinendes Blatt („Le Constituant“) will bestimmt gehört haben, der Graf von Montemolino werde sich mit der jüngsten Tochter des Herzogs von Cambridge, Dheims der Königin von England, vermählen. Es wäre dies ein sehr wichtiges Ereigniß, das auf die Verhältnisse in Spanien von großem Einflusse sein könnte. Die Frage ist nur, ob es wahr ist. Ein bekannteres Blatt, das ebenfalls in Toulouse erscheint („Sentinelle des Pyrenees“) berichtet aus Barcelona vom 16. d. M., Cabrera habe sich zu Caldes, einem Dorfe zwischen Mataro und Barcelona wieder gezeigt und daselbst sogar an der Spitze von 800 Mann Fußvolk und 40 Reitern einen kleinen Vortheil über Truppen der Königin davon getragen. Jetzt ziehe er sich gegen Wich hin. — An der Eisenbahn nach Calais wird unaufhörlich gearbeitet. Dieselbe wird bis Ende künftigen Monats in Gang kommen, und so die Verbindung zwischen den beiden größten Hauptstädten Europas allgemein befördert sein.

Großbritannien und Irland.

(Paris, d. 28. Juli.) Die Londoner Abendpost vom 27. tritt so eben ein. Sie bringt den Anfang der Insurrektion in Irland. Befehlshaber einzelner Truppencorps wurden von ihren Pferden gerissen und getödtet. In Liverpool ist die Erbitterung aufs Höchste gestiegen. Man sieht dem Ausbruch eines allgemeinen Brandes durchs ganze Land mit jedem Augenblick entgegen. (Fr. D. P. Zt.)

Liverpool, d. 27. Juli, 10 Uhr Morgens. Berichte aus Dublin melden, daß ganz Südirland in offenem Aufruhr ist. In Clonmel war der Kampf furchtbar. Die Truppen sind geschlagen worden. Man sagt, Cork und Waterford befänden sich an der Spitze der großen Insurrection.

(Fr. D. P. 3t.)

London, d. 26. Juli. Von Dublin wird unter dem 25. Juli gemeldet, daß sich die Clubs selbst aufgelöst haben. Am Tage vorher hieß es, als der Verhaftsbefehl gegen Herrn Smith D'Brien bekannt wurde, man würde der Regierung mit bewaffneter Hand widerstehen, Barrikaden errichten, und das Aeußerste wagen. Jetzt scheint dieser Plan, wenn nicht aufgehoben, doch aufgeschoben.

London, d. 27. Juli. Der Präsident des Minister-Rathes, Lord Lansdowne, erklärte in der heutigen Sitzung des Oberhauses, daß er Ursache habe, die heute hier verbreiteten Nachrichten von einem Aufstande in Irland für ganz ungegründet zu halten. Die Depeschen, welche der Lord-Statthalter Mittwoch Nachmittags um 3 Uhr an die Regierung schrieb, melden nichts davon; andere Briefe, die gestern um 7 Uhr Abend abgingen, schweigen ebenfalls. Auf diese Weise sprach sich im Unterhause der Minister des Innern, Sir Charles Grey, aus. Er fügte hinzu, daß die von Liverpool mit dem Telegraphen gemeldeten Nachrichten nach jener Stadt durch einen Brief von Dublin gelangt wären. Der Mayor von Liverpool, auf telegraphischen Wege über die Glaubwürdigkeit jener Nachrichten befragt, antwortete, sie schienen ihm gar keinen Glauben zu verdienen. Die Regierung hat Maßregeln getroffen, um den Urheber jener Gerüchte zu entdecken.

London, d. 28. Juli. In Irland ist bis jetzt kein Blut geflossen, als das eines armen Polizeidieners in Dublin, welcher drei bewaffnete Clubbisten verhaften wollte. Sie brachten ihm mehrere Wunden bei; er aber packte zwei von ihnen so fest, daß sie sich nicht loswinden konnten und ins Gefängniß abgeführt wurden. Vorgestern Morgen erhielt der Lord-Statthalter das Gesetz über die zeitweilige Aufhebung der Habeas-Corpus-Acte. Die Rechtsbeistände der Krone sind bei ihm auf dem Schlosse versammelt. Zehn Verhaftsbefehle für Meagher, Dillon, Doherty u. s. w. sollen sogleich ausgefertigt werden; ferner hat L. Clarendon eine Proclamation ergehen lassen, worin er die Clubs als hochverrätherisch auflöst. Alle Obrigkeiten werden aufgefördert, gegen jede fernere Versammlung einzuschreiten; die Kriegsmacht habe überall Befehl, sie kräftig zu unterstützen. An demselben Tage landeten neue Truppen aus England. Die Aufregung ist an verschiedenen Puncten sehr groß. Die neuesten Nachrichten aus Irland sind folgende:

Cork, Donnerstag Mittag. Alles ist in Bewegung. das 26. und 70. Regiment und die Lanzenreiter sind schlagfertig aufmarschirt. Niemand, als die Behörde, weiß die Veranlassung.

Cashel, Mittwoch Abend. Alle Soldaten sind unter den Waffen. Die Polizei-Mannschaft ist aus allen kleineren Orten nach Cashel zusammen gezogen und wird über Nacht bewaffnet bleiben.

Dublin, Donnerstag Abend. Der Chartist Patrick D'Higgins ist verhaftet. Man fand in seiner Wohnung einen weitläufigen Briefwechsel mit den englischen Chartisten und bedeutende Waffen-Vorräthe. Acht Personen wurden verhaftet, die man beschuldigt, sich gegen das Leben dreier Polizey-Beamten verschworen zu haben. D'Brien und Meagher eilen im Südumher, um aufzureizen. D'Gorman musterte die Clubs in Limerick, welche allnächtlich zusammen

kommen und sich rasch erweitern. In Carrig werden beständig auf zwölf Ambossen Piken geschmiedet. Bis jetzt hat sich erst ein einziger Club in Nenagh aufgelöst. Waterford ist ruhig. Die Truppen sind völlig treu und mutbig. Napier's Flotte ist in der Bai von Cove vor Anker gegangen. Die Bürger in den Städten, namentlich die wohlhabenden, wollen großentheils mit dem Aufstande nichts zu thun haben. Dagegen ist die Aufregung unter dem Landvolke im Süden und Westen sehr groß, und die englischen Gutsbesitzer flüchten in Angst in die Städte. Der tollköpfige Marquis von Waterford ist unverzagt und will seine Pächter, gegen die er sich immer freigebig gezeigt hat, für die Regierung bewaffnen. Von Woolwich sind Artillerie und Raketen nach Irland abgegangen. Man darf stündlich die Entscheidung in Irland erwarten.

Dem Verbreiter der gestrigen Lügen ist man auf der Spur. Die wirkliche Lage Irlands ist aber schlimm genug, und die Kosten, welche die völlige Beruhigung des Landes machen wird, sind so bedeutend, daß die Börse heute flau war.

In Edinburg, wo die Chartisten und Repealer ebenfalls Clubs gebildet hatten, sind diese verboten und Verhaftungen vorgenommen worden, ähnlich in anderen Orten. In London hielten sie gestern eine große unruhige Versammlung. Die irischen Parlaments Mitglieder beabsichtigen, sich sofort nach Irland zu begeben, um die Sache der Ordnung zu unterstützen.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte der Minister des Innern, außer der schon erwähnten Widerlegung der irischen Gerüchte, den Versuch, die Treue der englischen Truppen zu verdächtigen, für eine nichtswürdige Verleumdung. Er sowohl wie Lord J. Russell billigten den Entschluß der irischen Mitglieder, nach Irland zu eilen; die irischen Bills werden deshalb aufgeschoben werden. Hr. Scully fragte, ob Lord J. Russell den abreisenden Mitgliedern nicht das Versprechen mitgeben wolle, daß die in dieser Sitzung absichtlich aufgeschobenen Maßregeln für Irland jetzt unmittelbar würden eingebracht werden. Lord J. Russell stellte mit Heftigkeit jeden absichtlichen Aufschub in Abrede. Der übrige Theil des Abends ging mit Berathungen über die Wahlgesetze hin. (Köln. 3tg.)

Rußland und Polen.

Petersburg, d. 6. Juli. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat den russischen Gesandtschaften in Deutschland nachstehendes Rundschreiben zugehen lassen:

Seit einiger Zeit hat die deutsche Presse, deren Haß gegen Rußland einen Augenblick eingestellt schien, sich wiederholt mit uns beschäftigt, und die Sicherheitsmaßregeln, welche wir an unserer Grenze zu ergreifen uns genöthigt sehen, haben zu den ungegründetsten Voraussetzungen und Commentaren Veranlassung gegeben. Obgleich die in den gesetzgebenden Versammlungen und Kammern Deutschlands in dieser Beziehung gehaltene Sprache weniger übertrieben und schneidend ist, so sind doch auch in ihr dieselben vorgefaßten Meinungen obwaltend. Meine früheren Mittheilungen hinsichtlich der politischen und militairischen Haltung des Kaisers haben Sie so befriedigend unterrichtet über die wahren Absichten Sr. Maj., daß ich Ihnen jetzt keine neuen Einzelheiten in dieser Beziehung mitzutheilen brauche. Sie wissen, mein Herr, daß gleich beim Beginne der Ereignisse, welche eine Umwälzung in Mitteleuropa herbeigeführt haben, der Kaiser sich eine Verfahrungsregel vorgeschrieben hat, von der er bis heute nicht einen Augenblick abgewichen ist. Die Regel ist, sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten der Länder einzumischen, welche ihre Organisation verändern wollten, vielmehr die Völker vollkommen frei zu lassen, ohne irgend ein Hemmnis von seiner Seite, die politischen und gesellschaftlichen Experimente zu bewerkstelligen, welche sie unternehmen wollten, keine Macht anzugreifen, die nicht ihn selbst angegriffen hätte; dagegen aber entschlossen, jede Beeinträchtigung seiner eignen innern Sicherheit zu



rückzustufen und darüber zu wachen, daß, wenn das Territorialgleichgewicht auf irgend einem Punkte vernichtet oder verändert wurde, dies nicht auf Kosten unserer rechtmäßigen Interessen geschehe. Seit vier Monaten ist dies das von dem Kaiser befolgte System gewesen, das er auch jetzt noch unverändert befolgt. Allein indem Sr. Maj. auf dies passive und beobachtende System sich beschränkt, können sie nicht freiwillig die Augen verschließen vor all den Eventualitäten, welche die Kräfte der vielen und plötzlichen Umgestaltungen in der bisher in Europa herrschenden Ordnung der Dinge in sich tragen, eben so wenig als vor der feindseligen Stimmung, die mit dem Veränderungsfieber gegen uns im ganzen Deutschland sich kundgegeben hat. Denn in der That hatte dieses große Land kaum das Ziel seines Einheitsproblems festgestellt, als sein erster Gedanke eine Ausdehnung der Bundesstaatsgrenzen, sein erster Ruf Kriegsgeschrei war. In dem Vorparlament zur Nationalversammlung in Frankfurt, in den Clubs, in Flugchriften und Zeitungen, wurde der Krieg gegen Rußland als eine Zeitnothwendigkeit aufgestellt. Um zu einem solchen Kriege zu gelangen, predigte man offen ein Offensiv- und Defensivbündniß zwischen Deutschland und Frankreich. Man ist so weit gegangen, zu drohen, daß man unsere baltischen Provinzen der großen deutschen Nationalität einverleiben wollte. Das alte Polen sollte in seinen wirklichen Grenzen von 1772 wieder hergestellt werden, um Europa als ewige Scheidewand gegen den sogenannten gemeinsamen Feind zu dienen. Zu allen diesen Herausforderungen und vielen anderen, die ich mit Schweigen übergehe, haben sich noch directe Feindseligkeitsbezeugungen gestellt. Ist es nöthig, an die den polnischen Flüchtlingen gewordene Aufnahme und ihre Gratistreise auf den Eisenbahnen auf Kosten der Regierungen Deutschlands zu erinnern, an die Auswandererzüge, die aus Frankreich kamen, mit der offen eingestandenen Absicht auf unser Gebiet Verheerung und Insurrection überzuragen? Und wäre es uns wirklich darum zu thun gewesen, Arawände zum Angriff ausfindig zu machen, hätte sich da nicht in diesem alleinigen Umstände uns ein solcher Vorwand geboten? Bald hat ein bedauerlicher Krieg gegen eine nordische Monarchie, deren Integrität wir garantirt haben, und deren Erhaltung das europäische Gleichgewicht bedingt, durch Verschürzungen, welche er leicht herbeiführen konnte, und durch die Ideen eines maritimen Ehrgeizes, welche die populäre Meinung daran knüpfte, gedroht, den allgemeinen Frieden zu stören und dem Handel, den Interessen der benachbarten baltischen Uferstaaten Wunden zu schlagen. Gleichzeitig konnte die Insurrection im Großherzogthum Posen und der Zustand Galiziens die innere Ruhe unserer eignen Provinzen auf das ernstlichste compromittiren. Solchen Möglichkeiten, vorzüglich aber solchen Neigungen gegenüber war es dringend erforderlich, mit größter Vorsicht sich zu waffnen. Wir haben deshalb unser Heer der Grenze sich nähern lassen, um im Stande zu sein, allen Gefahren, welche sich von jenem Augenblick an bieten konnten, zu begegnen, wie auch allen den Gefahren, welche die immer noch sehr ungewisse Lage Europas uns zu bereiten vermochte. Unser System war dabei jedoch einfach ein System der Vertheidigung und der Vorsicht. Wir hatten nie eine andere Absicht, eben so wenig als wir jetzt eine solche von irgend einem andern Charakter haben.

Statt nun unter diesem Gesichtspunkte die Sache in Betracht zu nehmen und sich innerlich zuzugestehen, daß wenn wir uns genöthigt sehen zu rüsten, die Hauptursache in den gegen uns gerichteten wiederholten Herausforderungen liegt, zieht es die demokratische Meinung vor, uns Angriffsideen zu leihen. In der deutschen Presse werden täglich die abgeschmacktesten Gerüchte, die gehässigsten Verleumdungen gegen uns verbreitet. Mehr als einmal schon hat man in den öffentlichen Blättern unsere Truppen, die unbeweglich in ihren Cantonirungen verblieben, die Grenze überschreiten lassen. Es giebt keinen versteckten Plan, den man uns nicht zurechnet, keine Emeute, keine Empörung in den deutschen oder slawischen Ländern, die wir nicht unter der Hand mit unserm Gold oder durch unsere Agenten unterstützt haben sollten. Die Feindseligkeit, die wir angeblich gegen Deutschland hegen sollen, entspricht in ihrem Umfange genau derselben, die man in Deutschland selbst gegen uns nährt oder wenigstens einzuführen bemüht ist. Wenn man, anstatt uns gehässige Gesinnungen zuzutrauen, welche wir nicht haben und sich hinsichtlich unserer vermeintlichen Pläne Vermuthungen hinzugeben, die jeder Begründung entbehren, unparteiisch die Vergangenheit ins Auge fassen wollte, so würde man sich eine richtigere und wahrhaftigere Idee von der Gegenwart machen; man würde einsehen, daß jener Feind, von dem man so ohne Grund geträumt hat, den man sich wie zum Vergnügen als ein Gespenst vorführt, und gegen welchen ein nationaler Krieg, wie man sagt, Nothwendigkeit ist, immer, wie jetzt noch, für Deutschland, wenn dasselbe dies nur anerkennen will, von eben so wohlwollenden als uneigennütigen Gesinnungen besetzt ist. Wann in der That hat sich denn Deutschland über uns zu beklagen gehabt? Wann haben wir Pläne gegen seine Unabhängigkeit geschmiedet? Wann haben wir es nur mit einer Invasion bedroht? Welchen Theil seines Gebietes haben wir genommen oder begehrt? Während der

ganzen Zeit, als auf dem Continente die unterdrückende Herrschaft eines Eroberers dauerte, hat Rußland sein Blut vergossen, um Deutschland in der Erhaltung seiner Integrität und Unabhängigkeit zu unterstützen.

Das russische Gebiet war längst befreit, als Rußland noch fortfuhr seinen deutschen Verbündeten auf alle Schlachtfelder Europas zu folgen und ihnen beizustehen. Noch jüngst, im Jahre 1840, als es einen Augenblick schien, daß der Krieg am Rhein ausbrechen wolle, hatten wir ihnen unsere moralische und militärische Macht zur Verfügung gestellt. Während jenes langen 33jährigen Friedens, dessen Wohlthaten wegzulängnen der aufregende Geist der gegenwärtigen Generation so gern geneigt ist, haben wir uns unablässig angelegen sein lassen, Eintracht und Einheit in Deutschland zu empfehlen und zu erhalten — freilich nicht jene materielle Einheit, von welcher heute eine nivellirungs- und vergrößerungsfüchtige Demokratie träumt, und die, wenn sie die ehrgeizigen Theorien, wie sie dieselben aufgefaßt, verwirklichen könnte, früher oder später Deutschland unfehlbar mit allen benachbarten Staaten in Kriegszustand versetzen würde — sondern die moralische Einheit, die aufrichtige Uebereinstimmung der Ansichten und Absichten in allen politischen Fragen, welche der deutsche Bund nach außen zu verhandeln hatte. Diese Einheit zu erhalten, die Bande, welche die deutschen Regierungen mit einander verbinden, enger zu schließen, nur das ist, was unsere Politik erstrebte, weil wir den europäischen Frieden wollten, und weil in unsern Augen die sicherste Bürgschaft dieses Friedens stets in strenger Verbindung aller Regierungen geruht hat, welche den deutschen Bund bilden. Was wir zu jener Zeit wollten, wollen wir auch heute noch. Den Kränkungen und Herausforderungen zum Trotz ist es nicht gelungen, unsere Gesinnungen umzuwandeln. Ungeachtet der wüthenden Declamationen wissen wir immer zwischen den Männern der Ordnung und den Tollkühnen, zwischen der arglosen Leichtgläubigkeit und der perfiden Böswilligkeit zu unterscheiden. Wir tragen der Trunkenheit und Exaltation des Augenblicks Rechnung, die veranlaßt sind durch so viele und so unerwartete, so überstürzende und so außer aller Hoffnung wie außer aller Voraussicht liegende Ereignisse. Weit entfernt, Verwirrung zu wünschen, entfernt, Zwiespalt säen zu wollen, ersuchen wir für Deutschland heute, so wie immer, nichts Anderes als Eintracht zwischen den Regierungen und den Völkern, jene Eintracht, so wesentlich, um es vor Verwicklungen zu bewahren, die ihm von außen her kommen könnten, wie vor den ungeheuern Gefahren hinsichtlich seiner eignen innern Lage. Wir können unsere Zweifel und Besorgnisse über das Resultat des großen Versuches hegen, den Deutschland in diesem Augenblick macht, um seiner Nationalität einen größern Grad von Stärke und Zusammenhang zu geben, aber diese Zweifel und diese Besorgnisse haben niemals die Grenzen des besondern Gebietes unserer Privatansichten überschritten. Wir wünschen nichts Anderes, als uns bald darüber beruhigt zu sehen; und wenn Deutschland wirklich dahin gelangt, das Problem seiner Organisation zu lösen, ohne Nachtheil für seine innere Ruhe, ohne daß die neuen, seiner Nationalität aufgeprägten Formen der Art sind, daß sie die Ruhe der anderen Staaten gefährden, so werden wir uns aufrichtig Glück dazu wünschen, aus denselben Gründen, die es uns stark und einig wünschen ließen unter seinen vormaligen politischen Formen.

(Schluß folgt.)

Verhandlungen der deutschen konstituierenden Nationalversammlung vom 28. Juli.

Nach Erwähnung einer durch den Austritt Kopp's veranlaßten Wahlangelegenheit kam der Abg. Simon aus Trier auf den Schluß der letzten Sitzung zurück. In derselben herrschte eine so große Aufregung, daß es dem Präsidenten kaum möglich war, die Ordnung und Ruhe wieder herzustellen und ihm in dieser Aufregung gegen die Linke die Worte entfahren, die Aufführung sei eine ganz unwürdige. Gegen diese Kritik, die das Präsidium gegen die Versammlung anwandte, wahrte sich der Abg. Simon und stellte den Antrag an den Präsidenten auf Zurücknahme. Dies that H. v. Sager n ohne Weiteres unter Hinzufügung der Worte: „Wir aber werden alle wünschen, daß stets die entsprechende Ruhe herrsche, und den Vorsatz fassen, alles dazu beizutragen.“ Die Erklärung wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen.

In Folge eines Antrags, den Bericht über die deutsche Flagge sofort zur Diskussion zu bringen, wurde beschlossen, diese Angelegenheit auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Zur Verhandlung kam ein Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über die Art und Weise, wie in der Reichsversammlung Interpellationen an die Minister zu richten sind. Der Ausschuss beantragte:

1) Jeder Abgeordnete, der eine Interpellation an die Reichsminister beabsichtigt, hat solche am Tage vor der nächsten Sitzung schriftlich bei dem Präsidenten einzureichen, um von letzterm sofort zur Kenntniß des betreffenden Ministers gebracht zu werden; in wiefern Interpellationen, die als besonders dringend bezeichnet werden, ausnahmsweise in der Sitzung selbst eingegeben werden können, darüber hat jedesmal die Reichsversammlung zu entscheiden.

2) Jede solche Eingabe muß den Gegenstand der Interpellation und deren Veranlassung kurz und bestimmt angeben.

3) Die Verlesung dieser Interpellation in der Reichsversammlung erfolgt ohne weitere Monivierung jederzeit vor der Tagesordnung; die Frage wird sodann nach §. 29 der Geschäftsordnung auf Unterlegung gestellt und die Interpellation zurückgelegt, wenn solche nicht ausreichend stattgefunden hat.

4) Findet sich die Interpellation gehörig unterstützt, so hat der betreffende Reichsminister in derselben Sitzung entweder die gewünschte Erklärung abzugeben oder den Tag zu bestimmen, wenn dies geschehen soll, oder die Gründe anzuzeigen, warum überhaupt eine Erklärung nicht abgegeben werden kann.

5) Erst nach Abgabe der ministeriellen Erklärung kann eine weitere Berathung über den Gegenstand stattfinden; ob eine solche dann einzutreten soll, wird durch die Reichsversammlung bestimmt.

Bassermann beantragte Uebergang zur Tagesordnung. Nach dem Gesetz über die provisorische Centralgewalt wären die Minister verpflichtet zu erscheinen und Auskunft zu geben. Es sei unzulässig, der Nationalversammlung das Recht der Mitregierung einzuräumen; um dies zu verhindern, sei die Centralgewalt eingesetzt worden. Außerdem machte er auf die Gefahren der Interpellationsjagd aufmerksam. Eisenmann erklärte sich für den Ausschufsantrag, für unbeschränktes Interpellationsrecht, unter Hinweisung auf England. Edel stellte zu Nr. 5 den Verbesserungsantrag:

„Nach gegebener ministerieller Erklärung findet eine sofortige Berathung über den Gegenstand nur dann statt, wenn ein Antrag gestellt ist, den die Versammlung als sehr dringlich anerkennt.“

Bogt, Wippermann, Wesendonck und Wigard vertheidigten das Gutachten und die Versammlung nahm dasselbe in den vier ersten Nummern an, an die Stelle der letztern setzte sie den Verbesserungsantrag Edels.

Schoderer unterwarf den Gang der Berathung über die Grundrechte einer Beurtheilung, um darzutun, daß das bisherige Verfahren fernhin nicht beibehalten werden dürfe. „Die ungesäumte Feststellung und Verkündung der Grundrechte des deutschen Volkes ist dringend nothwendig zur Beseitigung der reaktionären Gelüste und zur Sicherung der deutschen Freiheit. Unsere Zukunft ist so dunkel und die Gegenwart so bewegt, daß es noth thut, unser Haus zu bestellen, damit wir beruhigt der Zukunft entgegen gehen können. Wenn wir in der bisherigen Weise fortfahren, verlieren wir unsere einzige Stütze, das Vertrauen des Volks.“ Er beantragte:

1) Es sind sämmtliche zu dem Entwurfe der Grundrechte eingebrachte und binnen einer Frist von 10 Tagen noch einzubringenden Amendements dem Verfassungskomitee, respective dem vereinigten Verfassungskomitee und volkswirtschaftlichen Ausschüsse zu überweisen, mit dem Auftrage, nach sorgfältiger Prüfung desselben nach Umständen einen modifizierten Entwurf vorzulegen, welcher mit den etwa zu einzelnen Paragraphen abgegebenen Minoritätsgutachten der Nationalversammlung vorgelegt würde.

2) Es ist sofort ohne Diskussion jeder Paragraph, und zwar sowohl der Mehrheits- als der Minderheitsanträge, zum Schluß aber der Entwurf im Ganzen zur Abstimmung zu bringen.

Nach einigen Bemerkungen über die Sache wird der Antrag zur Begutachtung dem Verfassungsausschuss überwiesen.

Endlich wurde ein Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über die Art, wie die Berathung der Grundrechte beschleunigt werden könne, diskutiert und durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt.

Verhandlungen der preussischen konstituierenden Nationalversammlung vom 28. Juli.

Der Staatsanwalt und Abgeordnete Lemme zeigte an, daß er wider Willen an das Oberlandesgericht zu Münster verlegt werde, daß er die Verlegung nur deshalb angenommen habe, um nicht aus dem Staatsdienste gestrichen zu werden, und daß er nun auf seinen Platz in der Versammlung zu verzichten gezwungen sei. Dabei besklagte er sich über die noch unklaren Verhältnisse der Staatsanwälte. Der Justizminister deutete ihm an, das Verhältniß der Regierung zu allen richterlichen Beamten sei durchaus klar; nur der Richter dürfe nicht willkürlich verlegt werden, jeder andere Beamte erhalte aber da seinen Platz, wo seine Kräfte am besten verwendet werden könnten. Die Linke wunderte sich darüber.

Die Regierung legte die Motive zu dem Gesetzentwurfe über die Steuerbefreiungen vor; und außerdem kamen 100 Einkartarten zur Bertheilung, die ein Graf Pinto gesandt hat, welcher eine Vorlesung halten und darin zeigen will, wie die sociale Frage (welche denn?) gelöst werden könne.

Der Ministerpräsident theilte Einiges über die Erfolglosigkeit der Verhandlungen über den Waffenstillstand mit Dänemark mit und versicherte, daß damit die Hoffnung nicht geschwunden sei, in nicht

ferner Frist dennoch das erwünschte Ziel zu erreichen. Asdann berührte er eine andere gleich wichtige Angelegenheit, die bisher nur gerüchswise verbreitete Aufforderung des Kriegsministers der deutschen Centralgewalt, das preussische Heer dem Reichsverweser den Huldigungseid schwören zu lassen. Nach den Mittheilungen der Post-Zeitung soll der Ministerpräsident folgende Worte gesprochen haben: „Ich will bei dieser Gelegenheit einen andern Umstand berühren, der in den verfloffenen Tagen eine bemerkbare Aufregung hervorgerufen hat; ich meine die durch die öffentlichen Blätter bekannt gewordene Aufforderung des Kriegsministers der deutschen Centralgewalt. Ich erblicke in dieser Aufforderung eine nicht so große Schwierigkeit, als man ihr beizulegen geneigt scheint. Es ist vielleicht eine ungewöhnliche Bezeichnung, aber ich fühle mich nicht im Stande, meine Anschauung anders auszudrücken, als indem ich ausspreche, daß ich sicher hoffe, es werde diese häusliche Angelegenheit in unserm deutschen Vaterlande der Form wie dem Wesen nach un schwer zu einer Verständigung zu führen sein. Wie wir fortfahren werden, mit Aufrichtigkeit und Hingebung die Einheit Deutschlands zu fördern, so werden wir dennoch alle Maßregeln vermeiden, welche die zur Stärkung Deutschlands nothwendige Würde und Selbstständigkeit gefährden könnten.“

Der Abg. Hartort beantragte, daß die Bergwerksabgaben überall gleich sein und nirgends 5 Prozent übersteigen sollten. Der Antrag ging an die Fachkommission zur schleunigen Begutachtung.

Der Pole Pokrzwicki schlug vor, eine besondere Kommission zu ernennen, welcher die Prüfung aller auf die Ostbahn bezüglichen Angelegenheiten aufgegeben würde. Von Brünneck sprach gegen, Nobertus für den Antrag; der Minister Milde erklärte sich mit der Einsetzung einer Kommission einverstanden und die Versammlung genehmigte sie fast einstimmig.

Rheinische Abgeordnete verlangten, daß ein von ihnen unterzeichneter Antrag über Aufhebung der Steuer auf Wein preussischen Ursprungs zu schneller Berichterstattung sofort an die Finanzcommission gewiesen werde. Die Abg. Dahmen, Neuenburg und Oster sprachen für, Niedel gegen den Antrag, der Finanzminister wünschte den Vorschlag in einer Kommission verhandelt und die Versammlung nahm den Antrag an.

Hierauf las der Abg. von Damnis den Bericht der Centralabtheilung über die Gesetzesvorlage, betreffend die Aufhebung des erimierten Gerichtsstandes in fiskalischen, triminalen und Injurienfachen vor. Das Gutachten nannte die Vorlage einen Fortschritt und empfahl deren Annahme zum Gesetz; nur Einzelnes war geändert und der Justizminister erklärte sich mit den Abänderungen einverstanden. Nach denselben heißt

§. 1. „Der erimierte Gerichtsstand in Kriminal- und fiskalischen Unterjuchungsfachen, sowie in Injurienprozessen, wird in allen Landesheiten, wo derselbe noch besteht, hiermit aufgehoben. Ausichtlich der Militär- und Universitätsgerichte, sowie des Gerichtsstandes der Richter und der richterlichen Polizeibeamten, bleiben die bestehenden Vorschriften in Kraft.“

In der Diskussion wurden Amendements für Aufhebung der Zeugen-Exemptionen und der Offizier-Exemptionen eingebracht, aber auch widerlegt und der Kommissionsantrag angenommen. Eine längere Diskussion fand über die Militär- und Universitätsgerichte statt. Für und gegen deren Beibehaltung sprachen Borchardt, Jung, Dunder, Zueschhaus, Berends, Althaus und Schlink und ein Antrag auf sofortige Aufhebung der Militärgerichte für gemeine Vergehen wurde mit 166 gegen 151 Stimmen verworfen. Ohne Diskussion wurden die folgenden Paragraphen angenommen:

§. 2. „Die Untersuchungen und Injurienfachen gegen Patrimonialgerichtsherrn werden einem von dem betreffenden Obergerichte ein für allemal zu bestimmenden benachbarten königl. Gerichte übertragen.“

§. 3. „Auf die am angegebenen Tage (der Publikation) anhängigen Prozesse und Untersuchungen findet die gegenwärtige Verordnung keine Anwendung.“

§. 4. „Alle entgegenstehenden Vorschriften werden hiermit aufgehoben.“ Endlich wurde der Bericht der Centralabtheilung über den Antrag des Staatsanwalts von Kirchmann vorgelesen. Dieser Antrag verlangte die Genehmigung zu gerichtlicher Verfolgung des Abg. Kühr, Gutsbesizers und außerdienstlichen Rittmeisters in Splitten. Der Abgeordnete war angekschuldigt, bei dem Sturme auf das Zeughaus unter der allgemeinen Plünderung Basen aus demselben entwerfen zu haben. Die Abtheilung schlug vor, die Genehmigung zur gerichtlichen Verfolgung zu ertheilen. Nur der Abg. Borchardt, Advokat-Anwalt aus der Rheinprovinz, sprach gegen das Gutachten. Der Abg. Röder, Rittergutsbesitzer aus Stechau, trug auf namentliche Abstimmung an und die Versammlung trat mit 242 gegen 14 Stimmen dem Antrage der Abtheilung bei.

Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Personenpost von Eisleben über Hettstedt nach Ascherleben wird vom 1. August d. J. ab statt Abends 6 Uhr schon Nachmittags 4 Uhr von Eisleben abgefordert werden.

Halle, den 31. Juli 1848.

Königl. Ober-Post-Amt.
Göschel.

Landguts-Verkauf oder Vertausch.

Ein sehr angenehm gelegenes, freundliches Gut, nahe an der Schauffee und 5 Minuten von einer Stadt Sachsens, 6 Stunden von Leipzig gelegen, soll für 20,000 R^r verkauft oder auf ein kleineres Gut von circa 10—12,000 R^r vertauscht werden. Es hat 143 Morgen sehr gute Felder, 30 Morgen Wiesen und 34 Morgen schönes Laubholz nebst Gärten am Gute, 4 Pferde, 19 Stück Rindvieh u., nebst guter und schöner Erndte, und kann sofort übernommen werden.

Das Nähere ertheilt der Dekonom und Commissionair Wilhelm Gäbler in Schkeuditz.

Ein vierräderiger Handwagen mit eisernen Achsen, zwei Sattel mit Steigbügeln, zwei Reitzsäume mit Trensen und Candaoren, einige gute Kummte nebst Zubehör sind ganz billig zu verkaufen am Frankensplatz Nr. 1730.

Ein völlig fehlerfreies, frommes, gut gerittenes und eingefahrenes Pferd, Fuchstrot, steht zum Verkauf bei dem Förster Gödecke in Reinsdorf bei Cöthen.

Zur gütigen Beachtung,
daß nächsten Freitag, den 4. August d. J., in Lauchstädt das Brunnenfest gefeiert wird, wobei ich Mittags table d'hôte und Abends à la Chartre speisen und mich dabei beseßigen werde, meine hochgeehrten Gäste zur Zufriedenheit zu bedienen.

Nach dem Theater findet Ball im Kur- saale statt.

Lauchstädt, den 31. Juli 1848.

Carl Müller.

Ein Bursche kann jetzt in die Lehre treten bei dem Schmiedemeister F. Schimpf in Schaafstedt.

Zum Scheibenschießen

den 6. August ladet ergebenst ein
C. Reichenbach,
Gastwirth in Tannepöts.

Zoolbad Wittekind bei Giebichenstein.

Die Frequenz dieses Bades besagt von Anfang der Saison bis 15. Juli

254 Nummern mit 398 Personen,
hinzugekommen bis 31. Juli 74 = = 119 =

Summa: 328 Nummern mit 517 Personen.

Von Wittekind: Salzbrunnen bis 15. Juli an der Quelle getrunken und in Flaschen versandt: 2700 Flaschen,
besgl. bis 31. Juli: 400 =

Summa: 3100 Flaschen.

Ueber die verschiedenen wichtigen und glücklichen Kuren dieses neuen Bades werden in einiger Zeit medicinische Schriften nähere Abhandlungen bringen, eben so über die Wirksamkeit des innern Gebrauches des Wittekind: Salzbrunnens, welcher gegen die in den früheren Anzeigen erwähnten Krankheiten, selbst im Herbst und Winter hindurch, ärztlich verordnet wird, und in Halle in meiner Handlung (A. Frihe) zu haben ist.

Halle, den 1. August 1848.

H. Thiele.

Mittwoch den 2. August wird in der Weintraube bei Hrn. Heise ein großes ununterbrochenes **Extra-Doppel-Concert** von zwei Musikchören, a) dem unterzeichneten und b) dem Musikchor des Hochlöbl. 32. Füsilier-Bataillons, stattfinden. Anfang punkt 6 Uhr. Entrée die Person 2 1/2 Sgr. Das Uebrige durch die Zettel.

Bad Wittekind.

Donnerstag den 3. August Concert vom Musikchor des Füsilier-Bataillons 19. Infanterie-Regiments.

Eine gesittete, ehrliche, reinliche Person, mit guten Zeugnissen versehen, wird zum Verkauf der Milch gesucht; nur solche haben sich zum sofortigen Antritt zu melden auf dem Werder bei Mauseburg.

Freiimfelde.

Morgen, Donnerstag, Illumination und Tanz.

Feldschlößchen.

Heute, Mittwoch, Concert.
Vereinigtes Musikchor.

Maille.

Heute, Mittwoch, Gesellschaftstag und frischer Speckkuchen bei W. Bügler.

Ein unverheiratheter Gärtner mit guten Zeugnissen versehen, welcher den Gemüsebau und die Baumzucht versteht, findet zum 1. September einen guten Dienst. Nur solche haben sich zu melden beim Commissionair Edert in Halle, Engl. Hof.

Beste gelbe Hirse empfehlen
S. & M. Simon.

Pferde-Verkauf.

Auf dem Rittergute Dießkau steht ein brauner Wallach, zehn Jahr alt, gut und militairkommi geritten, zum Verkauf.

Einem geehrten Publikum erlaube ich mir anzuzeigen, daß ich mich am hiesigen Orte als Zimmermeister etablirt habe.
Sollme, den 31. Juli 1848.

F. G. Ebelst.

Einladung.

Mittwoch den 2. August Gesellschaftstag bei Ratsch in Böllberg.

Ein Bursche, der Lust hat die Hutmacherkunst zu lernen, kann in die Lehre treten. F. Raue, Hutfabrik, Nr. 1298.

Bürger-Versammlung heute, Mittwoch, Abends 7 1/2 Uhr bei Hrn. Mann.

Wahl der Vertrauensmänner und des Vorstandes u. s. f.
D. B.

Familien-Nachrichten.

Entbindungs-Anzeige.
Heute Nachmittag 5 1/2 Uhr wurde meine liebe Frau, Wilhelmine geb. Uhlisch, von einem muntern Mädchen leicht und glücklich entbunden.

Brachstedt, den 31. Juli 1848.

Eduard Thiele.

Entbindungs-Anzeige.
Zu meinem heutigen Geburtstage schenkte mir meine Frau einen kräftigen Jungen.
Halle, den 31. Juli 1848.

G. Eckstein,
Königl. Vermessungs-Beamter.